

Anlage 6

Geplante Bettensteuer schafft nur zusätzliche Bürokratie und keinen finanziellen Spielraum

Die Industrie- und Handelskammer (IHK) Nord Westfalen warnt davor, in der Stadt Münster eine Tourismusabgabe einzuführen. Durch die Abgabe – umgangssprachlich besser bekannt als Bettensteuer – sollen die Übernachtungskosten für Privatreisende innerhalb der Stadt Münster steigen. Und das, obwohl Münster schon heute laut Statista.de die deutschlandweit höchsten Hotelübernachtungskosten von durchschnittlich 106,49 EUR hat. Teile der Politik erhoffen sich Mehreinnahmen von rund einer Million Euro pro Jahr für den städtischen Haushalt. Geschäftsreisende werden von der Abgabe ausgeschlossen, so dass nur die Touristen zahlen müssen.

Die Einführung einer neuen Aufwandsteuer kann jedoch mehr Schaden anrichten, als sie letztlich nützt, so die IHK Nord Westfalen. Touristen, die in Münster lediglich einen Anteil von 30 bis 40 Prozent der Übernachtungsreisenden ausmachen, würden durch die neue Steuer abgeschreckt. Darüber hinaus hätte eine solche Abgabe ebenfalls Auswirkungen auf die Umsätze im städtischen Handel und in der Gastronomie.

Hinzu kommt, dass die Einführung einer Bettensteuer juristisch noch nicht abschließend geklärt ist. Hoteliers aus Bremen und Hamburg haben im November vergangenen Jahres eine Verfassungsbeschwerde gegen die umstrittene Abgabe beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eingelegt. Ein Urteil steht noch aus.

Die IHK kritisiert ferner den mit der neuen Steuer verbundenen Bürokratieaufbau. Die Übernachtungsgäste haben die Abgabe direkt selbst zu entrichten, wie dies im Einzelnen geregelt werden soll, ist noch zu klären. Aktuell prüft die städtische Verwaltung, mit welchem Mehraufwand die geplante Tourismusabgabe realisiert werden kann. Schon jetzt ist klar, dass neben dem Mehraufwand für Besucher zusätzliches Fachpersonal im städtischen Kassen- und Steueramt benötigt wird. Unter Beachtung der wirtschaftlichen Praktikabilität und im Sinne des Bürokratieabbaus appellieren die Vertreter der örtlichen Wirtschaft, die Tourismusabgabe nicht einzuführen.